



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW fordert: Umsetzung von Bündnis-Maßnahmen statt Wahlkampf!

Berlin, 22. Juni 2017. „Die Ankündigung der Bundesregierung, die steuerliche Förderung bei der Gebäudesanierung des Bestandes voranbringen zu wollen, ist ein gutes Signal. Davon wird jedoch keine einzige neue Wohnung gebaut. Was wir jetzt schleunigst brauchen, ist die Umsetzung der Maßnahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen, um den Neubau anzukurbeln“, sagte Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, am Rande des Wohnungsbautages des Verbändebündnisses Wohnungsbau in Berlin.

„Der Bundesregierung ist es bislang nicht gelungen, verlässlichere und investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen. Statt dessen kämpfen Immobilienunternehmen mit einem wachsenden Regel-Dickicht mit immer komplexeren Regulierungen in immer kürzeren Zeitabständen“, sagte Ibel. Die mittelständischen Mitgliedsunternehmen des BFW sind für rund 50 Prozent des Wohnungsneubaus in Deutschland zuständig.

„Eine größere Wohnungs-Projektentwicklung dauert etwa fünf Jahre. Allein in den vergangenen fünf Jahren haben sich die politischen Rahmenbedingungen durch Verschärfungen und permanente Änderungen im Ordnungsrecht sowie durch steigende Abgaben zunehmend verschlechtert“, führte Ibel aus.

Eine Folge dieser Politik ist der zunehmende Wohnraummangel, der sich in immer mehr Städten verschärft und inzwischen weit in die Mittelschicht hineinragt. Das ist das Ergebnis der Prognos-Studie, die der BFW Bundesverband im Rahmen des Verbändebündnisses Wohnungsbau auf dem Wohnungsbautag vorgestellt hat.

„Wir brauchen einen Abbau des Regulierungsdschungels, wir brauchen die Rückkehr zur Einfachheit, und wir brauchen Anreize“, resümiert der BFW-Präsident. „Nur aus dieser Kombination entsteht das Wachstum, das wir auf dem Wohnungsmarkt so dringend brauchen.“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de